

Antrag 104/I/2018**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für die Familienzusammenführung – gegen weitere Hürden**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung so-
2 wie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, in den Verhand-
3 lungen für ein Gesetz für die Wiedereinführung der Fami-
4 lienzusammenführung dafür Sorge zu tragen, dass der im
5 Koalitionsvertrag mindestens vereinbarte Rahmen für Fa-
6 miliennachzug von zumindest 1.000 Personen monatlich
7 und 12.000 pro Kalenderjahr umgesetzt und keine weite-
8 ren Hürden aufgebaut werden.

9

10 Begründung

11 Die SPD steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik.
12 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen,
13 muss Schutz gewährt werden. Deshalb sind für uns das
14 Grundrecht auf Asyl sowie die Grundsätze der Genfer
15 Flüchtlingskonvention unantastbar, deshalb wollen wir
16 die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge bekämpfen
17 und deshalb stellen wir uns zuallererst die Frage, wie In-
18 tegration und Zusammenleben gelingen können anstatt
19 über weitere Maßnahmen zur Abschottung zu philoso-
20 phieren. Dies alles widerspricht aus unserer Sicht nicht ei-
21 ner geordneten Einwanderungspolitik.

22

23 Mit dem mit der CDU / CSU vereinbarten Koalitionsver-
24 trag hat die SPD im Bereich der Flüchtlings- und Integra-
25 tionspolitik insbesondere auf Verlangen der CSU Kompro-
26 misse eingehen müssen, die für diese Maßstäbe der Sozi-
27 aldemokratie das Maximum an Kompromissfähigkeit be-
28 deuten. Dies betrifft insbesondere die gefundenen Rege-
29 lungen zur Familienzusammenführung.

30

31 Für die SPD ist der Schutz der Familie – und damit die Er-
32 möglichung des Zusammenlebens – ein Grundrecht. Wir
33 möchten, dass Kinder mit ihren Eltern aufwachsen und
34 wir möchten, dass Ehepaare zusammen leben können.
35 Diese Maßstäbe gelten für uns als Familienpartei für alle
36 Familien. Das Zusammenleben von Familien ist für uns ein
37 Menschenrecht. Deshalb ist es richtig, dass wir mit dem
38 Koalitionsvertrag die Familienzusammenführung wieder
39 grundsätzlich ermöglichen. Sie ist auch förderlich für die
40 Integration. Wir sind überzeugt: Eine vereinte Familie gibt
41 Halt im neuen Leben.

42

43 Mit dem Koalitionsvertrag haben sich die Koalitions-
44 partner auf einen eindeutigen Rahmen für die gesetz-
45 liche Neuregelung der Familienzusammenführung geei-
46 nigt. Vor diesem Hintergrund ist der Gesetzentwurf des
47 Ankündigungsministers Seehofer für die SPD nicht zu-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 stimmungsfähig. Für die SPD gilt der Koalitionsvertrag, für
49 die CSU offensichtlich nicht. Denn die Inhalte von gemein-
50 samen Gesetzesentwürfen müssen sich am Koalitionsver-
51 trag und nicht an bayrischen Landtagswahlen bemessen.
52 Es ist nicht akzeptabel, dass mit einer gesetzlichen Rege-
53 lung weitere Hürden aufgebaut werden, die über den im
54 Koalitionsvertrag vereinbarten Rahmen hinausgehen und
55 damit aus Sicht der CSU dazu beitragen sollen, die Fami-
56 lienzusammenführung weiter zu erschweren wenn nicht
57 gar in vielen Fällen unmöglich zu machen.
58
59 Der Kompromiss im Koalitionsvertrag geht leider noch
60 nicht weit genug. Umso wichtiger ist es, dass dieser Mi-
61 nimalkonsens nicht weiter verwässert und durch den Ko-
62 alitionspartner untergraben wird.